

**Beitrag zur Jahrestagung des Arbeitskreises
„Lokale Politikforschung“ der DVPW
„Variationen des Städtischen – Variationen lokaler Politik?“
vom 30. bis 31.1.2015 an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg**

**„Städtische Handlungsmöglichkeiten unter Bedingungen der Finanzkrise im deutsch-
griechischen Vergleich. Chimäre oder reale Gelegenheit?“
von Georgios Terizakis**

First Draft – Do not quote!

Inhalt

1. Einleitung	1
2. Krise der Finanzen, Krise der städtischen Öffentlichkeit und interpretative Wende der Stadtforschung: ein Problemaufriss	2
2.1. Die Finanzkrise und das politische System	2
2.2. Krise der städtischen Öffentlichkeit	4
2.3. Interpretative Wende und Forschungsfrage	6
3. Ein deutsch-griechischer Städtevergleich anhand der Politiken der Haushaltskonsolidierung: Einbettung in das politische System	8
4. Erste Ergebnisse am Beispiel Wuppertal und Patras mit dem Fokus auf Kultur- und Sozialpolitik	14
4.1. Wuppertal: Die Erblasten des Strukturwandels	15
4.2. Patras: Spiegelbild des politischen Systems	19
5. Vergleichende Zusammenfassung	22

1. Einleitung

Die Wirtschafts- und Finanzkrise hält Europa seit über sechs Jahren in ihren Fängen und scheint zum permanenten Begleiter des politischen Tagesgeschäfts zu werden.¹ Dabei dringt diese abstrakte, auf der Metaebene stattfindende Krise der sogenannten spätkapitalistischen Demokratien mittlerweile in den Alltag der Politik im Nahbereich. Diese neue Krise trifft auf

¹ Für die hilfreichen Kommentare danke ich Hubert Heinelt, Katharina Kleinschmitger und Philipp Stolzenberg.

ältere Krisen wie der Krise der kommunalen Haushaltsfinanzen. Die Besonderheit von Städten zeichnet sich durch den eigenen, lokalen Umgang mit politischen, sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen aus. In Zeiten der europäischen Wirtschafts- und Finanzkrise gerät diese Annahme in die Defensive, da die Perspektive der Makroebene globaler Märkte die Möglichkeit der Variation lokaler Politik zumeist ausblendet.

Im Rahmen der Tagung stellt sich die Frage, ob Variationen des Städtischen von bestimmten institutionellen Rahmenbedingungen abhängen, oder/und inwieweit Städte lokale Umsetzung eigenständig und endogen vornehmen. Der hier skizzierte Beitrag wird vor allem zunächst an einer Kritik makrotheoretischer Krisenanalysen ansetzen und dann den theoretischen und methodischen Herausforderungen der Variation des Städtischen und auf die Varianten des Umgangs eingehen. Im Anschluss wird die Arbeit zu einem aktuellen Projekt vorgestellt, aus dem die Daten für die abschließenden Fallbeispiele gewonnen wurden. Anhand von Wuppertal und Patras werden städtische Handlungsmöglichkeiten skizziert und der Fokus auf Kultur- und Sozialpolitik gelegt.

2. Krise der Finanzen, Krise der städtischen Öffentlichkeit und interpretative Wende der Stadtforschung: ein Problemaufriss

Seit Frank Nulleimers (1997) programmatischem Aufsatz „Interpretative Ansätze in der Politikwissenschaft“ von 1997 sind diese aus dem politikwissenschaftlichen Repertoire nicht mehr wegzudenken. Ihre sukzessive Etablierung ist seitdem beobachtbar und durch die „Mode“ postpositivistischer und diskursorientierter Ansätze zusätzlich angeheizt worden. Bevor hierzu Stellung genommen wird, werde ich mich zunächst mit zwei Sorten von makrosoziologischen Theorien beschäftigen, mit der Theorie zur Finanzkrise von Wolfgang Streeck und der Öffentlichkeitskrise der Stadt bei Richard Sennett, da die Finanzkrise und der (stadt-)öffentliche Umgang mit ihr zentral für mich ist. Durch eine Kritik der beiden bedeutenden Ansätze soll illustriert werden, weshalb interpretative Ansätze notwendig sind.

2.1. Die Finanzkrise und das politische System

Die Finanzkrise auf kommunaler Ebene ist in Deutschland und Griechenland keine neue Herausforderung, sondern seit Jahrzehnten in Theorie und Praxis bekannt. Erst mit der Finanzkrise und der allgemeinen Diskussion um Austeritätspolitiken sind die Kommunen verschärft in den Fokus gerückt und zugleich verstärkt die Finanzkrise die Lage der Kommunen. In seiner Adorno-Vorlesung aus dem Jahr 2012 thematisiert der Soziologe Wolfgang Streeck eben jene Krise der europäischen Wirtschaft und Finanzen, die auch eine politische Krise ist, unter der Perspektive gekaufter Zeit; also als ein Verschieben des Absterbevorgangs des demokratischen Kapitalismus, wie wir ihn in Europa seit dem Ende des

zweiten Weltkriegs kennen.² Dabei wird die These von den „Legitimationsproblemen im Spätkapitalismus“ (Habermas 1973) noch einmal radikalisiert, da der Spätkapitalismus einen gesellschaftlichen Konsens produzierte, der die demokratische Regelungsmacht des Staatsvolkes nicht untergrub. Der Beginn dieses Prozesses setzt Streeck bereits an das Ende der 1960er Jahren, also just zu dem Zeitpunkt, als der gerade geschmiedete Nachkriegskonsens der sozialen Marktwirtschaft seine Wirkung entfaltet hatte. Schon ältere Krisentheorien Frankfurter Provenienz haben zu diesem Zeitpunkt auf die Spannung zwischen Lebenswelt und Kapitalverwertung hingewiesen (Streeck 2013: 11) sowie auf die daraus erwachsenen Legitimationsprobleme (ebenda: 39 ff.). Spätestens mit den Ölkrisen sind die westlichen Demokratien, die im Fokus der Streeckschen Betrachtungen stehen, vor enorme Herausforderungen gestellt und der staatliche Steuerungsoptimismus ist ins Wanken geraten. Dabei stehen die Länder in einer Wechselwirkung (ebenda: 13), die ihr wirtschaftliches und finanzielles System prägt.

Jedoch hat die aktuelle Krise eine neue Dimension, die es zu entschlüsseln gilt. Die „Zwangsheirat“ (Streeck) aus Kapitalismus und sozialstaatlicher Demokratie steht auf dem Prüfstand. Die Krise neuen Typs besteht, laut Streeck, in dem Zusammenwirken von drei Krisen: der Krise der Staatsfinanzen, einer Bankenkrise und einer Krise der Realökonomie (ebenda: 29). In diesem Prozess werden aus Steuerstaaten Schuldenstaaten. Die Auswirkungen auf politischer Ebene sind enorm: Der Rückgang der Wahlbeteiligung ist nur ein Symptom, eine generelle „*Entmachtung* der Massendemokratie“ die stärkerer Beobachtung (ebenda: 84, kursiv im Original, GT). Die neu entstandenen Schuldenstaaten „bedienen“ letztlich zwei Völker: das alte Staatsvolk und das neue Marktvolk, welches aus internationalen Gläubigern mit Forderungen gegen den Schuldner auftritt (ebenda: 121). Das neue Volk ist bemüht, „in Gefahr geratene Schuldenstaaten davon abzuhalten, von ihrer Souveränität Gebrauch zu machen und ihre Zahlungen einzustellen (ebenda: 135, 221)“. Es geht also nicht um die Rettung der Schuldenländer, sondern um „die Portfolios der Gläubiger derselben zu retten“ (ebenda: 136). Solidarität innerhalb der EU-Länder wandelt sich zu einer Strafe, die stärkere Austeritätsmaßnahmen durchsetzt und damit Steuern durch Schuldenpolitik ersetzt und die Spirale der Verschuldung anheizt.³ Was auf internationaler Ebene schon in Gang war, hat sich auf europäischer Ebene fortgesetzt. Auch hier ist eine Konsolidierung der Staatsfinanzen nicht mit einer Befreiung des Drucks von Finanzmarktakteuren gleichzusetzen. Im Gegenteil: Die Voraussetzung für eine Rückführung der Schulden würde dauerhaftes Wachstum erfordern, um die Schulden zu begleichen. Dies ist unter aktuellen Bedingungen der Austeritätspolitik kaum als realistische Perspektive einzustufen. Es bleibt damit nur die

² Dieser Abschnitt basiert auf Terizakis 2015.

³ Auf dieses gescheiterte Tauschgeschäft weist auch der Ökonom Rudolf Hinkel hin: Senkung der Staatsausgaben als Voraussetzung für weitere Darlehen, die wiederum nicht automatisch zu mehr Einnahmen führen. Das Gegenteil ist der Fall, bedingt durch eine niedrigere gesamtwirtschaftliche Produktion, welche direkt oder indirekt Folge der Austerität ist, Frankfurter Rundschau vom 7. Juli 2014.

Perspektive, dass staatliche Funktionen zurückgefahren werden müssen (ebenda: 176). Diese Analyse auf Makroebene ist leitend auch für die lokale Ebene: Die „Schuldenstädte“ müssen in dieser Logik ihr Funktionen zurückfahren. Der Ausweg scheint für Streeck hingegen in der Kontrollierung der Märkte zu liegen (ebenda: 237). Voraussetzung für einen solchen Souveränitätszugewinn der staatliche Ebene ist, dass innerhalb der EU die nationalen Unterschiede wieder stärker beachtet werden müssen (ebenda: 242). Abwertung der nationalen Währungen kann und sollte wieder möglich sein, allein weil dieses Instrument „dem Totalitarismus eines einheitlichen Marktes ein Dorn im Auge“ ist (ebenda: 247). Eine lockere Kopplung der Länder schwebt ihm dabei vor, statt einer Verschmelzung und „*One-size-fits-all-Hybris*“ (ebenda: 251, kursiv im Original, GT).

Die interessante wie furiose Diagnose Streecks ist eine der schärfsten sozialwissenschaftlichen Analysen der aktuellen Finanzkrise. Seine Lesart in der Tradition älterer (Frankfurter) Krisentheorien unterstellt, dass die aktuelle Krise gar nicht aktuell, sondern lediglich eine Verstärkung und Überlagerung der schleichenden Krise des demokratischen Kapitalismus ist. Gerade die am Schluss vorgeschlagene Perspektive, verstärkt auf nationalstaatliche Problemlösungspotentiale zu setzen, ruft berechtigte Kritik hervor, die auf einen Mangel an transnationalen und europäischen Momenten einer Demokratisierungsperspektive hinweisen (vgl. Habermas 2013).

In diesem Zusammenhang soll aber vor allem auf eine andere, methodologisch gegenteilige Dimension hingewiesen werden. Die überzeugende kritische Spitze der Makroperspektive verschließt den Blick auf die konkreten Problemfälle und die meso- und mikroperspektivischen Handlungsmöglichkeiten, die sich trotz (oder wegen) der Krise ergeben – just jene Variationen des Städtischen, der in der eben referierten Perspektive methodologischen nicht in den Blick gerät. Bei Streeck geht es um nicht weniger als die Krise des Nachkriegskonsenses zwischen Marktwirtschaft und parlamentarischer Demokratie, die sich seit den 1970er Jahren in einer Auflösung befindet und sich zunehmend krisenhaft zuspitzt. Indes geraten spezifische Problemlösungsmöglichkeiten systematisch nicht in den Blick, da hier mit der Erklärung vom Steuerstaat zum Schuldenstaat scheinbar alle Puzzleteile einer Erklärung holistisch, mit Blick „von oben“, bereit liegen und lediglich auf die richtige Zusammenführung oder Operationalisierung warten. Ob auf der Mikroebene Städte Möglichkeiten eine auf eine lokalen Problembearbeitung und sinngewandten Einordnung haben, bleibt offen.

2.2. Krise der städtischen Öffentlichkeit

Eine andere Sorte von Krisentheorie hat der amerikanische Soziologe Richard Sennett 1974 in seiner Schrift „Verfall und Ende des öffentlichen Lebens“ entwickelt, die die Idee des öffentlichen Diskurses erläutern soll. Diese Krisentheorie verbindet die Krise, als Krise des öffentlichen Raums, mit der Stadtentwicklung, als Ursache des Zwangs zur Intimität als

düstere Entwicklung der Öffentlichkeit vom Ancien Régime bis zu Gegenwart. Im Zentrum steht ein Städtevergleich zwischen Paris und London von 1750-1900 in den Untersuchungsfeldern der Raum- und Stadtplanung und Kultur. Vor allem das Theater und die Literatur werden zu Hauptfeldern der Untersuchung, da sich dort am deutlichsten der Verfallsprozess der Öffentlichkeit zeigen lässt. Die kosmopolitischen Fallbeispiele sollen es ermöglichen, vom nationalen Kontext abstrahieren zu können.

Sennett diagnostiziert, dass die moderne Öffentlichkeit von den Bürgern mittlerweile als lästige Pflicht wahrgenommen wird. Vielmehr wird sie sogar zu einem Raum umfunktioniert, in dem psychologische Elemente dominieren und eine Intimität eines personalen Austauschs der Teilnehmer der Öffentlichkeit suggeriert wird. So formuliert er die Annahme:

„In dem Maße, wie das Interesse an der Frage nach dem Selbst gewachsen ist, ist die gemeinsame Arbeit mit Fremden im Dienste sozialer Zwecke zurückgegangen – oder diese gemeinsame Arbeit ist durch psychologische Zugriffe entstellt worden“ (Sennett 2008: 36).

Diese Konstellation steht in einem ursächlichen Zusammenhang mit dem Aufstieg der „kapitalistischen, säkularen, städtischen Kultur“ (ebenda: 43). Die strukturelle Argumentation lehnt sich an die Entwicklungsgeschichte des Kapitalismus. Diese Kritik wird radikal ausbuchstabiert und mündet in der Vorstellung, dass die Emanzipation von der viktorianischen Prüderie – so wünschenswert sie auch sei – eine neue Tyrannei an deren Stelle gesetzt hat, die aus dem Recht auf Schweigen bzw. dem Psychostriptease geradezu herkulischer Persönlichkeiten in der „Öffentlichkeit“ besteht. Das passive städtische Spektakel wird als Wurzel des modernen Übels ausgemacht.⁴

Die Auswirkungen sind enorm: So wurde die „Angst vor unwillkürlicher Charakteroffenbarung, Vertauschung und gegenseitige Durchdringung öffentlicher und privater Bildwelten, defensive Einschränkung des eigenen Empfindens und die zunehmende Passivität“ (ebenda: 344) Kennzeichen der städtischen Moderne, die Immanenz und Mangel an Spontanität produziert. Die Persönlichkeit und auch die starke Politikerpersönlichkeit werden zum Idealtyp für die passive Zuschauermasse. Ein Effekt ist, dass der Politiker qua Persönlichkeit die strukturellen Verhältnisse überdeckt und damit verschleiern hilft. Die Masse schweigt, der Politiker redet, offenbart sein Inneres, seine narzisstische Persönlichkeit – worin sich Politiker und Zuschauer ähneln – und verhüllt mit diesem unbewussten oder bewussten Ablenkungsmanöver die politischen Probleme, um die es eigentlich gehen sollte. Politische Probleme werden zu psychologischen. Hingegen brauchen er und die Masse einen Gegner, um auf etwas fokussieren zu können, und so werden binäre Konfliktsituationen geschaffen, die explosiv sind. Die Zivilisierung von Konflikten, die sich in binären Weltsichten äußern, ist nicht per se als normativ unterlegen zu bewerten. Konzeptuell wäre hier vor allem auf die Arbeiten von Lefort

⁴ Unwillkürlich wird man an die These der Festivalsierung der Städte von Häußermann und Siebel (1993) erinnert.

zu verweisen, der in brillanter Art und Weise zeigt, dass in der Zulassung eines binären Konflikts auf Zeit eine Stärke zivilgesellschaftlicher Organisation liegen kann, wobei es hierfür neben der Konfliktfähigkeit einer Gesellschaft auch konsensuale Mechanismen, sprich Institutionen wie die Verfassung oder das Parlament, bedarf. Sennett hingegen romantisiert Zivilisierungsmöglichkeiten als „Möglichkeit zur Begegnung zwischen Menschen“ (ebenda: 462 ff.). Sennett unterschätzt scheinbar die Kraft dieser institutionellen Mechanismen, die Willkür minimieren können und sollen, und moderne, städtische Errungenschaften par excellence sind. Kurzum: Er zeichnet eine Negativspirale, eine Verfallsgeschichte der Öffentlichkeit in der Moderne, wie sie ihrer Anlage enorme Erklärungskräfte freisetzt. Woher speist sich aber sein Optimismus, dass immer wieder Kräfte entstehen, die Fortschritt ermöglichen? Die Akteure werden in seiner strukturellen Sicht zu Marionetten eines kapitalistischen Weltgeists, der ein pervertiertes, nämlich narzisstisches Theater inszeniert. Entscheidender aus Sicht der Stadtforschung ist jedoch, dass er, je näher er an die heutige Zeit kommt, die Fallbeispiele Paris und London und damit die Stadt aus den Augen verliert und zunehmend psychoanalytisch gefärbte Gesellschaftsstrukturanalyse betreibt. Stadtforschung sollte nicht nur bei der Fallauswahl sichtbar sein, sondern das je spezifische einer Stadt erfassen können (vgl. Löw 2008: 16f) und sich damit nicht in eine allgemeine Gesellschaftsanalyse „flüchten“. Wenn also die Stadt als zentraler Untersuchungsfokus ernst genommen wird und die politische Dimension den Öffentlichkeitsbegriff präzisieren soll, dann bedarf es einer anderen Ausgangsthese, als Sennett sie formuliert hat. Öffentlichkeit in der Stadt, so meine These, als Ort der demokratischen, politischen Öffentlichkeit, ist keine Gemeinschaft, sondern ein konstruierter, gemachter Raum einer bestimmten, endogenen politischen Praxis, immer gedacht als Diskursformation im Wechselspiel von Akteuren, Prozessen und Strukturen. Dieser politische Zusammenhang bleibt bei Sennett auffällig randständig, wenn er z.B. die Themenfelder der Mode oder Literatur bespricht. Öffentlichkeit kann also als Diskurs(e), als das öffentliche Sprechen einer Stadt zu einem bestimmten Problem, verstanden werden. Insofern sollen die Wissenszusammenhänge und deren Ausdruck im Zusammenhang mit politischer Öffentlichkeit erarbeitet/erzählt werden, um die Spezifik der Stadt als „Sinnprovinz“ (ebenda: 78 und 110) zu verdeutlichen.

2.3. Interpretative Wende und Forschungsfrage

Die Kritik an makrotheoretischen Perspektiven verweist auf den Bedarf einer neuen, ergänzenden Wissenschaftsperspektive, die kleinteiliger die Auswirkungen der Finanzkrise fokussieren kann. Vor allem postpositivistische, handlungstheoretische Ansätze scheinen hierfür geeignet, weil sie (a) problemorientiert und (b) auf Narrative mit einem Fokus auf sprachliche Konstruktion sozialer Probleme zielen. Das öffentliche Reden über

Finanzprobleme soll einer mechanistischen Sicht auf die Welt entgegengestellt werden, um die Konstruktion von Sinnhorizonten ins Zentrum der Analyse zu stellen.

Prominent versuchen Ansätze der interpretativen Politikwissenschaft, eine Verknüpfung von problemorientierter Policyforschung und stadtorientierten Ansätzen zu forcieren (für einen solchen Ansatz Barbehön et al. 2015). In dieser Perspektive werden soziale Probleme

„[...] nicht als objektive und unabhängige von politische Prozessen bestehenden Gegenstände verstanden, sondern als Resultat von kollektiven Deutungen der Welt und politischen Auseinandersetzungen“ (ebenda: 18).

Der Relativismusvorwurf greift dabei zu kurz, denn die Wahrnehmung und Konstruktion von Problemen ist der entscheidende Schlüssel zur Lösung eben solcher (20). Die Diskurse hierüber haben strukturierende Kraft des Sagbaren und Nichtsagbaren in einer Stadt zu einem bestimmten Zeitpunkt. Das Nachspüren und Ordnen dieser Konstellationen können die sozialen Praxen einer Stadt pointieren und verdeutlichen.

Hiermit ist der Übergang von der makrotheoretischen (politisches System oder Kapitalismus) zur mesotheoretischen Perspektive der Stadt schon gegangen. Die sinnverstehende und die am kontrastierenden Vergleich orientierte interdisziplinäre Stadtforschung (vgl. Frank et al. 2014) folgen zudem der Annahme, dass die Spezifität und damit die Einzigartigkeit von Städten sich im Kontrast zu anderen zeigen lassen.⁵ Dabei wird methodologisch ergebnisoffenes Vorgehen empfohlen, das nicht unstrukturiert und unkontrolliert ist. Vielmehr wird davon abgesehen, das erhobene Material zu stark vor zu sortieren und mögliche interessante Einsichten aus der Hand zu geben. Denn: Vor Ort wird möglicherweise anders über das Problem gesprochen, als es in der Politikwissenschaft, oder in anderen Disziplinen der Stadtforschung, üblich ist (vgl. Griem/Rauscher 2014: 132).

Das eigene Erkenntnisinteresse richtet sich nach dem Spezifischen der Stadt bzw. den spezifischen, städtischen Lösungen von Problemen.

Die Finanzkrise ist deshalb ein gutes Beispiel, um zu prüfen, wie unter diesem gemeinsamen Damoklesschwert sehr unterschiedliche Lösungen entstehen, trotz ähnlicher institutioneller Maßnahmen: Wie generieren, kreieren oder nutzen städtische Akteure Handlungsmöglichkeiten? Und wie schaffen sie dies unter den schwierigen Voraussetzungen? Das sind modale Wie-Fragen, die nach dem Modus des Politischen und der Prozesse fragen. Die lokale, stadtspezifische Aneignung der Welt und die Interaktion hierzu treten in den Vordergrund der Betrachtung (vgl. Barbehön et al. 2015: 160). Sachliche Zusammenhänge, wie Haushaltszahlen, werden aufbereitet, sind aber nicht determinierend für die Interpretation der Stadt. Mich interessiert das Wechselspiel von externen Kontextbedingungen in Form des

⁵ Gerade die matrizenhafte Kontrastierung „ähnlicher“ Fälle wie Frankfurt, Dortmund, Glasgow und Birmingham zeigt, wie unterschiedlich Probleme wahrgenommen werden und welche Handlungsoptionen in den Städte daraus gezogen werden: optimistisch-offensive oder auch resignative (vgl. ebenda).

politischen Systems sowie die verschiedenen Ebenen und stadtinternen, endogenen Selbstdefinitionen der Akteure. Im weitesten Sinne werden Sinnhorizonte erarbeitet, die aufzeigen sollen, was in einer Stadt möglich und sagbar ist und was nicht. Und welcher politische Spielraum genutzt wird, oder eben nicht.

3. Ein deutsch-griechischer Städtevergleich anhand der Politiken der Haushaltskonsolidierung: Einbettung in das politische System

Als materiale Basis für die folgenden zwei Kapitel dient das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderte Projekt „REformability of POLitical Systems in times of crisis: The example of the financial consolidation in German and Greek municipalities (REPOS)“.⁶ Im deutsch-griechischen Vergleich wird untersucht, wie Haushaltskonsolidierungspolitiken von Kommunen genutzt werden, um ihre Handlungsspielräume zu nutzen. Im Vergleich zwischen einem der dezentralisiertesten (Deutschland) mit einem der zentralisiertesten Staaten (Griechenland) Europas soll erörtert werden, wie Merkmale des nationalen politischen Systems die kommunalen Konsolidierungsstrategien beeinflussen (u.a. politische Kultur, fiskalische Regeln, Typus kommunaler Selbstverwaltung), aber nicht determinieren. Inwiefern unterscheidet sich kommunale Haushaltspolitik im dezentralisierten deutschen System stärker als im zentralisierten Griechenland? Besonders im Fokus steht, inwieweit die Haushaltspolitik in einzelnen Städten durch örtliche Akteure und Akteurskonstellationen (u.a. politische Führung, lokale politische Kultur, Steuerungsstil) geprägt ist.

Während für die lokale Ebene in Griechenland weitreichende Territorialreformen und Konsolidierungsanforderungen im sogenannten Kallikratis-Programm gebündelt sind, wurden für den deutschen Projektteil Städte ausgewählt, die sich unter einem vom jeweiligen Bundesland initiierten Rettungsschirm befinden (Stärkungspakt, Schutzschirm und Entschuldungsfonds). Das Kallikratis-Programm und die Rettungsschirme bzw. deren Implementation in den ausgewählten Städten sollen evaluiert werden. Fraglich ist, inwieweit sich die Implementation unterscheidet, und ob die These des Niedergangs lokaler Entscheidungsspielräume zutrifft. Unter der Bedingung der Finanzkrise wird auf zwei Politikfeld fokussiert, der Kultur- und Sozialpolitik.

Methodisch wird mit MAXQDA eine Reihe von Dokumenten aufgearbeitet, die im Zusammenhang mit den lokalen Finanzen und der Konsolidierung des Haushalts stehen. Zum einen werden alle auffindbaren Dokumente ausgewertet, die in der lokalen Presse, im Rat, als Pressemitteilung oder Parteibeschluss zugänglich sind. Als Zeitraum wurden die Jahre 2011-13 festgelegt, also unmittelbar in der Zeit der Implementation der Konsolidierungsmaßnahmen. Zum anderen werden leitfadengestützte Experteninterviews durchgeführt: mit dem Kämmerer,

⁶ Vgl.: <http://www.politikwissenschaft.tu-darmstadt.de/index.php?id=3318> (Aufruf vom 4.12.2014)

Amtsleiter Finanzen, mit Ratsmitgliedern der relevanten Fraktionen, übergeordneten Kontrolleinrichtungen sowie sozialen Akteuren, die bei der Recherche der Fallbeispiele über „voice“ verfügen. Hierzu werden Fallstudien in zehn Städten durchgeführt: Kassel, Wuppertal, Mainz, Magdeburg, Athen, Piräus, Patras, Volos, Marousi, Rentis/Nikaia. Insgesamt wurden im ersten Projektjahr 1332 Dokumente analysiert und 93 Experteninterviews geführt.

	Kassel	Mainz	Magdeburg	Wuppertal	Athen	Marousi	Piräus	Rentis-Nikaia	Patras	Σ
Dokumente	211	141	90	257	234	100	157	75	67	1332
Interviews	9	9	9	16	8	14	13	5	10	93

Quelle: eigene Darstellung, Stand Dezember 2014

Auf dieses Material wird zugegriffen, um zu zeigen, wie zehn Städte unter scheinbar ähnlichen Bedingungen unterschiedliche Herangehensweisen hervorbringen. Hier werden als Beispiel die Städte Wuppertal und Patras herausgegriffen und im nächsten Kapitel diskutiert.

Die interessante Ausgangssituation des Projekts lässt sich vor allem an den verschiedenen Ebenen des Vergleichs abbilden:

Analyseebene	Deutschland	Griechenland	Case design
Europa	(X)	(X)	Gemeinsamer Diskurs mit unterschiedlichen Auswirkungen (Model countries vs. Achillesverse)
Nationale Ebene	X	(X)	Most different cases
Regionale Ebene	-	X	Most different cases
Lokale, städtische Ebene	X	X	Unterschiedlich, aber Fälle zueinander kontrastierbar
Konsequenzen für Analyse	Nationale und lokale Spezifität ist zu beachten	Zusammenspiel der Ebenen ist zu beachten	Most different cases auf nationaler Ebene, aber lokale Spezifik

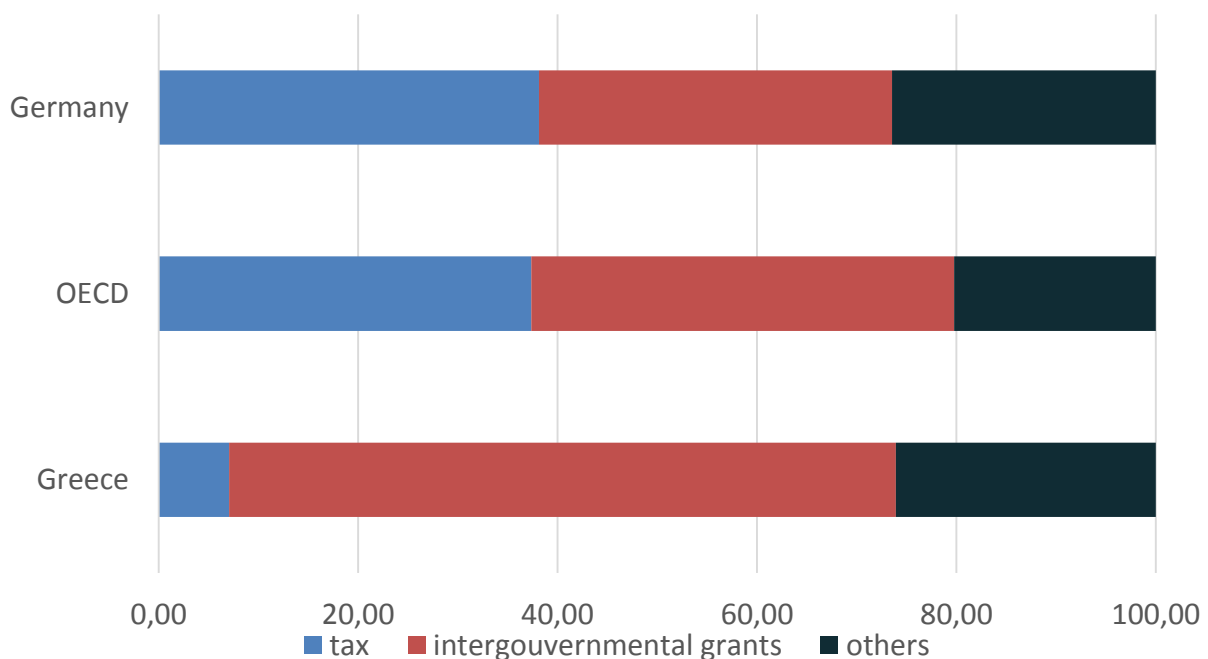
Quelle: eigene Darstellung

Die Vergleichsperspektive des „most different cases design“ ist ein grober Orientierungsrahmen, wenn die beiden politischen Systeme als Ausgangspunkt angenommen werden. Damit ist nicht gemeint, dass ein Variablen orientierter Ansatz verfolgt wird. Vielmehr werden hier ein Wechselspiel von endogenen und spezifischen Handlungskapazitäten jeder Stadt auf der einen, und ein quasi objektiver Referenzpunkt im lokalen und nationalen politischen System auf der anderen Seite angenommen.

Bei den beiden politischen Systemen handelt es sich um eines der zentralisiertesten politischen Systeme, Griechenland, und einem föderalen System, Deutschland. Diese haben entsprechend sehr distinkte Kommunalpolitiken ausgebildet, die das politische System komplettieren bzw. abbilden: Während in Griechenland konfliktreich um die Macht gestritten

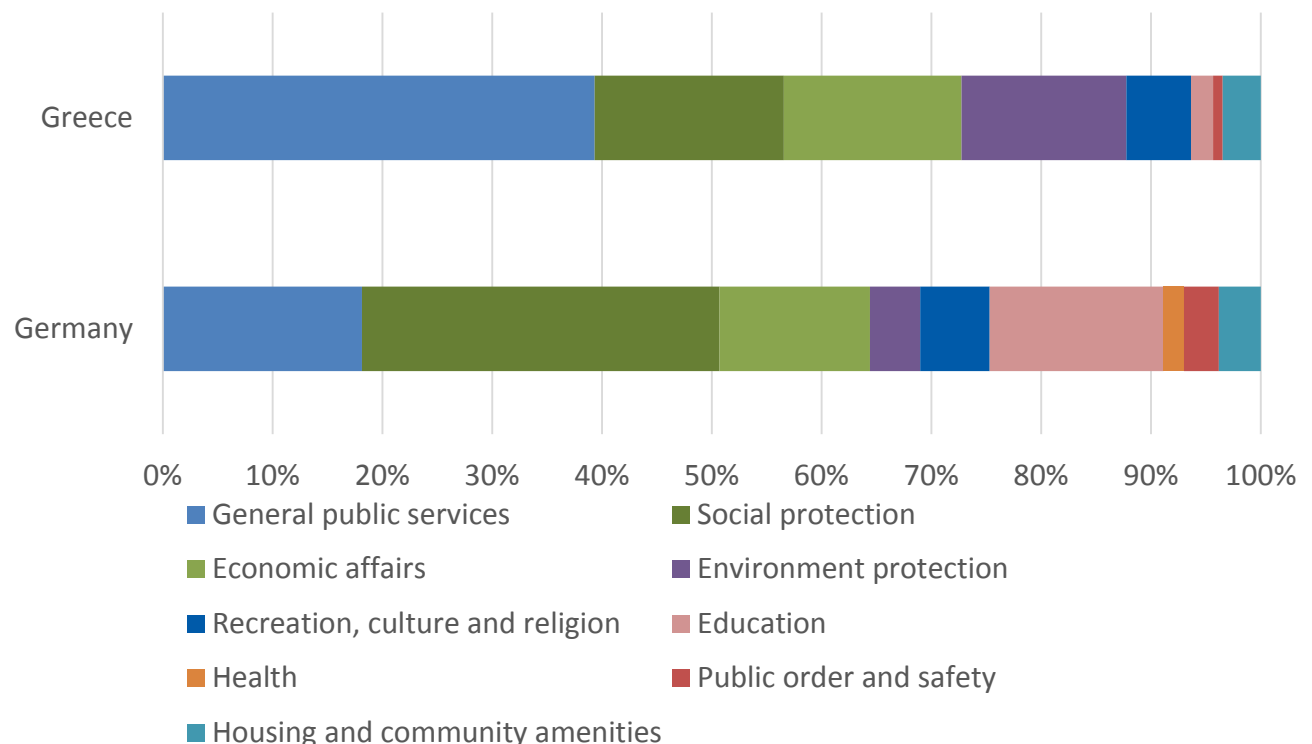
wird, sind in Deutschland Konsensmechanismen von Bedeutung. Nicht nur deshalb unterscheiden sich die beiden Länder und bilden so etwas wie Gegenpole. Auch die Debatte rund um die Eurokrise hat die Länder als zwei Idealtypen einander gegenüber gestellt: Hier die beispielhafte Rolle Deutschlands als Vorbild für andere Euroländer, dort Griechenland als die Achillesverse der Währungsunion. Schließlich sind auch die Konsolidierungsbemühungen auf kommunaler Ebene unterschiedlich: Griechenland hat mit der Kallikratis-Reform eine großangelegte Gebietsreform auf den Weg gebracht, die zufällig mit der Finanzkrise zusammenfällt. In Deutschland hingegen bauen die Schutzschirme der Länder auf einen freiwilligen und selbstdefinierten Maßnahmenkatalog von Seiten der Städte.

Die Machtstrukturen in den beiden politischen Systemen unterscheiden sich deutlich voneinander. Griechenland wird dem sogenannten "Franco type"-Ländern zugeordnet, die im südeuropäischen Raum vorherrschen (Loughlin et al. 2011, für die lokale Ebene vgl. u.a. Heinelt/Hlepas 2006). Deutschland hingegen wird dem gemischten "North-Middle-European type" zugeordnet (ebenda). In diesem Typ zeichnet sich die lokale Selbstverwaltung durch einen garantierten verfassungsmäßigen Status aus, bei hoher finanzieller Autonomie und einer wichtigen Rolle beim Angebot von staatlichen Dienstleistungen. Die kommunale Selbstverwaltung in Griechenland hingegen hängt in starkem Maße von nationalstaatlichen Zuweisungen ab und hat eine geringe Kapazität bei der Erbringung staatlicher Dienstleistungen (vgl. Hlepas/Getimis 2011a und b, 2009). An der nachfolgenden Graphik ist erkennbar, dass Griechenland im Vergleich zu Deutschland im stärkeren Maß von zentralstaatlicher Finanzzuweisung abhängt:



Quelle: erstellt auf Grundlage der OECD National account database

Gleichzeitig zeigt die Ausgabenstruktur, dass deutsche Kommunen einen höheren Anteil für soziale Sicherheit und Bildung ausgeben.



Quelle: erstellt auf Grundlage der OECD National account database

Diese Abhängigkeit griechischer Kommunen von staatlichen Zuwendungen hat durch die Finanzkrise an Brisanz hinzugewonnen. Diese schon zuvor problematische Abhängigkeit wird weiter verschärft. Der Schuldenstand der Kommunen wird erst durch diese Situation zur fundamentalen Belastung. Dabei muss darauf hingewiesen werden, dass die Struktur der Schulden der griechischen Kommunen eine andere ist als im bundesdeutschen Kontext: Ein beachtlicher Teil der Schulden besteht aus nichtbezahlten Rechnungen gegenüber Dritten, in der Regel kleinen und mittelständischen Unternehmen aus der Stadt. Das Zurückfahren kommunaler Haushalte hat direkte und desaströse Effekte für die lokale Ökonomie. Daneben befindet sich die Verwaltungsmodernisierung in einem rudimentären Stadium und Kommunen haben, wie auch der Nationalstaat, eine überbordende, parteipolitisierte Verwaltung mit geringer Expertise. Eine der drastischen Konsolidierungsmaßnahmen betraf die Abschaffung der kommunalen Polizei durch ministeriellen Beschluss. Verschiedene Problemwahrnehmungen über Gründe der Überschuldung kommunaler Haushalte variieren „naturgemäß“ zwischen nationaler und kommunaler Ebene.

Trotz dieser schwierigen Ausgangssituation hat Griechenland die größte Gebietskörperschaftsreform durchgeführt. Diese neue, top-down eingeführte Architektur der regionalen und kommunalen Ebene wurde durch das Kallikratis-Programm in den Jahren 2010-11 implementiert (vgl. Hlepas/Getimis 2011b und 2009). Hauptkennzeichen der Reform

ist die angeordnete Zusammenführung von Gemeinden und Kommunen (sowie ihrer lokalen Unternehmungen): aus den insgesamt 1.034 Kommunen und Gemeinden sind 325 übriggeblieben. Zudem wurde die Ebene der Präfekturen abgeschafft und die „dezentrierten“⁷ Aufgaben an 13 Regionen delegiert. Mit dieser Gelegenheit wurden die Kommunen gezwungen, seit 2012 ausgeglichene Haushalte vorzuweisen. Dabei mussten alle Kommunen nach dem Rasenmäherprinzip ihre Budgets um 20% kürzen, was hauptsächlich durch Personalkürzungen erreicht wurde. Die Überwachung wurde durch die Stärkung des „court of audit“ und die monatliche Ausgabenüberwachung durch die „fiscal observatory“ erreicht. Offene Implementationsaufgaben bleiben, vor allem die Einrichtung lokaler Ombudsmänner.

Die Struktur der kommunalen Fiskalkrise ist in Deutschland deutlich anders gelagert und hat sowohl eine längere Geschichte als auch ein deutliches Bewusstsein hierüber (vgl. u.a. Geißler 2011, Stolzenberg/Heinelt 2013). Als Unterschiede zu griechischen Kommunen ist die Rolle der Länder zu nennen, da die griechischen Regionen als dezentrierte Einheiten des Zentralstaats nicht dieselbe Rolle spielen. Dabei ist zu beachten, dass die Länder die entscheidende Rolle bei den Schutzschirmen spielen und es eine Varianz an Ausgestaltungsmöglichkeiten der Schutzschirme gibt, auf die weiter unten noch eingegangen wird. Die lange Geschichte kommunaler Schulden drückt sich zudem in zum Teil massiven Gebrauch kurzfristiger Kassenkredite und steigenden Sozialausgaben aus, die von höherer Ebene an die Kommunen transferiert werden, ohne dass in jedem Fall die Ressourcen hierzu zur Verfügung gestellt werden. Im Vergleich zu den griechischen Kommunen verfügen deutsche Kommunen über relativ hohe Einnahmen (vor allem die Gewerbesteuer ist als größter Unterschied zu nennen), aber diese decken eben nicht die Ausgabenstruktur. Vor allem der Bevölkerungsrückgang und der auslaufende Solidaritätspakt stellen einige Kommunen vor enorme Herausforderungen. Insofern ist ein komplexes Bündel von internen und externen Faktoren für die Überschuldung der Haushalte ursächlich und auf den ersten Blick eröffnet sich eine unvergleichbare Vielfalt von Fällen, die sich einer Sortierung entziehen. Die Schutzschirme auf der Länderebene spielen dabei eine analoge Rolle, wie der Schutzschirm der über Griechenland gespannt wird. Sie sind temporäre Programme zur Entlastung der kommunalen Finanzen, indem Ressourcen den Kommunen zur Verfügung gestellt werden. Im Gegenzug werden die Kommunen zu Maßnahmen „gezwungen“, die sie jedoch frei definieren können. Diese Maßnahmen werden mit der Länder-Ebene verhandelt, in einem Vertrag fixiert und die Kommunen nehmen anschließend in der Regel freiwillig an dem Programm teil,⁸ nachdem der Rat dieses gebilligt hat. Die Kommunen setzen diese Maßnahmen fest, aber die Länder geben die fiskalischen Ziele vor. Diese Mischung ermöglicht

⁷ Dies ist der wörtliche Ausdruck der griechischen Verfassung.

⁸ Das Beispiel Wuppertal ist diesbezüglich eine Ausnahme.

einerseits die Kontrollmöglichkeit durch die Länderebene und gibt dieser Sanktionen an die Hand. Die Kommunen können andererseits durch den Erhalt von Ressourcen und die Definierung von Maßnahmen neue Impulse in der fiskalischen Diskussion und Situation setzen.

Die Schutzschirme auf Länderebene haben unterschiedliche Ausrichtungen. In diesem Zusammenhang wurden der "Kommunale Entschuldungsfond" des Landes Rheinland-Pfalz (KEF-RP), der Stärkungspakt „Stadtfinanzen“ des Landes Nordrheinwestfalen, der „Kommunale Schutzschirm“ des Landes Hessen und der Sachsen-Anhaltinische „Stark II“ relevant. Darüber hinaus haben Niedersachsen (Entschuldungsfonds) und Schleswig-Holstein (Konsolidierungshilfen) ähnliche Konstrukte.

Vor diesem sehr unterschiedlichen Hintergrund der kommunalen Verschuldung und der politischen Konstellation stellt die Fallauswahl für das Projekt eine Herausforderung dar. Als einziger gemeinsamer Bezugspunkt erscheint der erfolgreiche Umgang mit den kommunalen Haushalten. Dabei wird als Erfolg angesehen, ob (a) die Haushaltsituation zwischen 2010-2013 verbessert werden konnte, und (b) ob sich die Kommunen selbst als erfolgreich verstehen; sowohl durch politische und administrative Akteure aber auch durch den lokalen Diskurs, wie er sich in den Medien oder Kommentaren gesellschaftlicher Akteure abzeichnet. Dabei werden bewusst nur erfolgreiche Beispiele ausgewählt, da (a) die gesamte Vergleichskonstruktion komplex ist, und (b) diese Beispiele ähnlicher institutioneller Bedingungen unterschiedliche Strategie anwenden und damit – scheinbar – Erfolg haben. Die erfolglosen Fälle sind der „Normalfall“ und damit weniger dafür geeignet, um von diesen Beispielen zu lernen und diese gegeneinander zu kontrastieren.

Die Städtesysteme der beiden Länder sind extrem unterschiedlich. Während es in Deutschland eine große Anzahl von Städte und Oberzentren gibt, ist die Struktur des griechischen Städtesystems deutlich verschieden: Athen bzw. der Großraum Athen ist dominant, Thessaloniki ist eine typische „zweite Stadt“, es folgen eine Reihe von mittleren Zentren und Kleinstädte der Provinz. Ein großer Teil der städtischen Kommunen liegt im Großraum Athen und Thessaloniki.

Erfolgreiche Haushaltskonsolidierung nach Zahlen bei zuvor schwieriger Ausgangssituation – nach Definition des griechischen Finanzministerium bedeutet dies eine Schuldenlast von Mindestens 60% des jährlichen Budgets - lässt sich in Griechenland bei einer überschaubaren Zahl von Kommunen feststellen. Wenn Kriterium zwei hinzugezogen wird, dass die lokalen Akteure dies auch so wahrnehmen müssen, dann bleibt ein Dutzend an Kommunen übrig. Für die hiesige Auswahl wird der Großraum Athen fokussiert und dabei die Kommunen Athen, Piräus sowie die Stadtteile Maroussi und Nikea-Rentis ausgewählt. Hinzu treten zwei wichtige Mittelstädte, Patras und Volos. Als Illustrationsbeispiel wird hier Patras hinzugezogen.

Die komplexere Lage eines Mehrebenensystems erforderte in den deutschen Fällen ein anderes Vorgehen: ein Filtermodell. Erster Filter ist die Mitgliedschaft in einem Schutzprogramm. Zweitens werden kreisfreie Städte betrachtet. Drittens wird auf Städte fokussiert, die zwischen 150.000 und 400.000 Einwohner haben. Die Gründe hierfür liegen im vierten Schritt begründet: Die Städte sollten eine differenzierte Akteurskonstellation sowie eine kritische Masse an Öffentlichkeit vorweisen können. Schließlich sollten vier verschiedene Bundesländer sowie unterschiedliche sozioökonomische Rahmenbedingungen beachtet werden. Diese Filter haben zu vier Fallbeispielen geführt: Kassel, Magdeburg, Mainz und Wuppertal.

Die hier diskutierten Beispielstädte werden in drei Dimensionen bearbeitet: Problemwahrnehmung, Handlungen und Diskurse. Problemwahrnehmungen sind Äußerungen der Interviewten und aus den Dokumenten, die das Problem der Haushaltskonsolidierung benennen und die schwierige Haushaltlage anhand von exogenen oder endogenen Faktoren zuordnen. Diese Konstruktion einer Deutung der lokalen Krise kann durch alle Akteure vorgenommen werden. Handlungen sind Maßnahmen der Haushaltspolitik. Unter Diskursen wird der öffentliche Resonanzraum verstanden, der sich zu der Haushaltlage und den Maßnahmen verhält. Hier werden vor allem Nichtexperten und deren Verständnis der Lage dokumentiert. Insgesamt wird durch diese drei Dimensionen so etwas wie ein Horizont gemeinsamer städtischer Vorstellungen abgebildet, der mögliche Handlungswege möglich macht und andere verschließt.

4. Erste Ergebnisse am Beispiel Wuppertal und Patras mit dem Fokus auf Kultur- und Sozialpolitik

Im Folgenden werden erste Einsichten anhand zweier Städte, Wuppertal und Patras, diskutiert. Die Darstellung orientiert sich dabei entlang der Dimensionen Problemwahrnehmung, Handlungen und öffentliche Debatten: Bei der Problemwahrnehmung geht es darum, ob aus dem Material exogene oder endogene Gründe für die Finanzsituation dominieren. In keinem der zehn Fälle wird ein Finanzproblem bestritten, sondern Erklärungsversuche für die Lage der Stadt mobilisiert. Die Handlungen beziehen sich im deutschen Fall auf die Maßnahmen, die im Rahmen der Haushaltskonsolidierung durchgeführt wurden. Im griechischen Fall sind keine Maßnahmenkataloge beschlossen worden und Handlungen können nur indirekt über die Nennungen erschlossen werden. Schließlich ergibt sich aus dem Zusammenhang von Problemwahrnehmung und Handlungen eine spezifische Reaktion in jeder Stadt: Wie etabliert sich die öffentliche Diskussion im Rat, in den Medien und bei verschiedenen Akteuren hierüber, was ist sagbar und wie wird es vorgebracht?

Das umrissene Diskursfeld wird entlang zweier Politikfelder spezifiziert, der Sozial- und der Kulturpolitik. Die beiden Politikfelder eignen sich deshalb besonders, da bei der Sozialpolitik

der Anteil der Pflichtaufgaben besonders hoch ist, während sich die Kulturpolitik stark im Bereich der freiwilligen Leistungen abspielt. Im griechischen Fall ist dies weniger stark der Fall, jedoch scheint kulturpolitisches Engagement der Kommunen in Krisenzeiten geradezu ausgeschlossen zu sein.

4.1. Wuppertal: Die Erblasten des Strukturwandels

Für die Stadt Wuppertal stehen 257 Dokumente und 16 Experteninterviews zur Verfügung.⁹ Wuppertal hat 349.770 Einwohner und ist eine schrumpfende Stadt.¹⁰ Sie ist Oberzentrum des Bergischen-Land und befindet sich in Nachbarschaft sowohl zum Ruhrgebiet als auch zu den Städten der sogenannten Rheinschiene. Die Stadt ist eine relativ junge Neugründung, da sie erst 1929, durch die Fusion von Eberfeld und Dahmen sowie drei kleineren Gemeinden, zur Stadt wurde. Auch heute noch bildet sich die Bipolarität in der Stadt ab, die zwei Innenstädte oder auch zwei historische Rathäuser hat. Der rote Faden der Stadt wird durch den Fluss Wupper hergestellt, dessen Tal für die Stadt namensgebend wurde. Neben dem Tal breitet sich die Stadt auch auf die umliegenden Hügel aus.

Entlang der Wupper entstand Mitte des 19. Jahrhundert eine erste Industrialisierung im Bereich der schon ansässigen Textverarbeitung, womit die Region Vorreiter war in Deutschland. Seit den 1970er Jahren setzte eine De-Industrialisierung ein, die bis heute anhält. Nichtsdestotrotz wurde die Stadt bis dahin als permanent wachsend angesehen und entsprechend auf eine wesentlich höhere Einwohnerzahl hin ausgerichtet, was heute zu Schwierigkeiten bei der Erhaltung der Infrastruktur führt. Obwohl Wuppertal als eine Folge des Strukturwandels eine hohe Arbeitslosigkeit aufweist (11,3%), kommt die Stadt nicht in den Genuss von Fördermaßnahmen wie einige Städte im benachbarten Ruhrgebiet (z.B. EU-Strukturfondmittel). Dabei ist Wuppertal eher durch eine soziale Spaltung gekennzeichnet: Der hohen Arbeitslosen- und Sozialhilfeempfängerquote steht eine einkommensstarke Gruppe entgegen. Sozialräumlich vollzieht sich die Spaltung in Talbewohner und Hügelbewohner (Strohmeier et al. 2008: 69 ff.).

Aktuell wird Wuppertal von einer großen Koalition aus CDU und SPD regiert, die sich „Große Kooperation“ nennt. Der Oberbürgermeister gehört der CDU an und ist der erste christdemokratische Oberbürgermeister seit 1964. Zudem ist der aktive Kämmerer zu nennen, der in der überregionalen Presse präsent ist. Wuppertal hat eine lange Geschichte der Haushaltskrise. Seit 1992 hat die Stadt keinen ausgeglichenen Haushalt mehr und wurde immer wieder mit Nothaushaltsrecht regiert. Die Kurswende wurde 2011 unter dem „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ geschafft. Die Stadt Wuppertal setzt auf eine langfristige Perspektive, die zunächst auf den ausgeglichenen Haushalt und anschließend auf Schuldenabbau setzt (vgl.

⁹ Die nachfolgenden Darstellungen basieren auf selbstrecherchierten Informationen, vgl. Stolzenberg 2014.

¹⁰ Vgl. <https://www.wegweiser-kommune.de/statistik/bevoelkerungsprognose+wuppertal+gesamtbevoelkerungsentwicklung+2009-2030+tabelle> (aufgerufen am 22.12.2014)

Stadt Wuppertal 2014). Die Schulden pro Kopf sind bei 7,628€ angelaufen, für 2017 wird ein ausgeglichener Haushalt anvisiert.

Bei der Problemwahrnehmung dominiert in Wuppertal sowohl in Politik als auch in lokaler Presse die Sicht, dass exogene Gründe für die Krise der Stadtfinanzen heranzuziehen sind. 50 Nennungen gibt es hierfür in den Dokumenten, während die internen Gründe bei 10 Nennungen liegen. Bezeichnend ist, dass ein Journalist diese Perspektive prägnant auf den Punkt bringt und mit der internen Schwäche kombiniert:

„Es wäre unfair, Oberbürgermeister Peter Jung (CDU) und Kämmerer Johannes Slawig (CDU) die Schuld an dem gigantischen Haushaltloch und den gewaltigen Wuppertaler Schulden alleine anzulasten. Die Bundesregierung hat den Städten in der Tat Lasten aufgebürdet und ihnen die Finanzierung zum Teil verweigert. Städte, die über gesunde Strukturen verfügen, konnten dies allerdings schultern. Wuppertal - und auch vielen anderen Städten in NRW - war dies nicht möglich.“ (Interview 1).

Selbst Interessengruppen sehen die städtische Sozialpolitik im Kontext der landespolitischen Möglichkeiten:

„Also wie will man präventiv arbeiten oder in dem Bereich der freiwilligen Leistungen sozusagen Dinge entwickeln, wenn an anderer Stelle sozusagen dann immer der Sparkommissar droht?“ (Interview 2).

Wuppertal ist trotz interner Fehlentscheidungen durch landes- und bundespolitische Entscheidungen getrieben, vor allem im Sozialbereich:

„Wuppertal sitzt auf einem Pulverfass. Die stetig steigenden Sozialausgaben nehmen der Stadt - ebenso wie anderen Städten in Deutschland - auf Dauer die Luft zum Atmen.“ (Interview 3).

Die konsensuelle Problemwahrnehmung ist kein Zeichen für einen Mangel an Konflikten. Die Bürgerinitiative „Wuppertal wehrt sich“, aber auch Sozialverbände und die Industrie- und Handelskammer üben Kritik aus unterschiedlicher Perspektive an Kürzungen im städtischen Haushalt, wovon die gemeinsame Problemsicht unberührt bleibt.

Bei den Maßnahmen geben die politischen und administrativen Akteure vor, wie und wo Kürzungen und Prioritäten vorzunehmen sind:

„Also intelligentes Sparen, da muss man natürlich bei „intelligent“ immer die Anführungszeichen sehen. Es geht ja eigentlich darum, Prioritäten zu setzen. Einsparungen nicht mit der Rasenmähermethode, sondern einfach unterschiedliche Gewichtungen vorzunehmen. [...] Da geht es aber nicht so sehr um Freiraum, ich würde da nicht von Freiräumen reden, sondern eher davon reden, dass man die wenigen Gestaltungsmöglichkeiten, die man hat, versucht, zu nutzen. Und eben Gestaltungsmöglichkeiten dadurch, dass man die knappen Ressourcen zu Aufgaben leitet, die wichtiger sind als andere.“ (Interview 4).

In dieser Perspektive sind Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten, zumindest für einige städtische Akteure, gestiegen, um Wege aus der Vergeblichkeitsfalle zu zeigen.

Der Rat hat insgesamt 66 Maßnahmen beschlossen und umgesetzt. Dabei wird auf einen Mix von Ausgabenreduktion und Einnahmeerhöhung (bspw. Erhöhung der Grundsteuer) gesetzt. Kontrovers wurden dabei Maßnahmen im kulturellen Bereich diskutiert. Die Schließung des Schauspielhauses hat auch bei der überregionalen Presse für Wellen der Empörung gesorgt, jedoch sind rein quantitativ die Nennungen in diesem Bereich nicht besonders auffällig. Der Kulturbereich insgesamt wird jedoch als gefährdet angesehen und hat wesentlich mehr Nennungen als der sozialpolitische Bereich (179 Nennungen zu 25). Es wird in vielen Dokumenten betont, dass Kultur – gemeint ist hier Hochkultur – einen sehr hohen Stellenwert in Wuppertal hat. Insofern treffen die Kürzungen im Bereich der Hochkultur auf eine besondere Resonanz in der Stadt und zum Teil darüber hinaus.

Trotzdem ist die Stadt stolz auf ihre spezielle Kulturtradition, allen voran das Tanztheater Pina Bausch, das einen hervorgehobenen Status hat. Die „spezielle Klientel“ (Interview Dölle) sorgt dafür, dass dies so bleibt und so keine größeren Kürzungen in diesem Bereich angefallen sind, außer der spektakulären Schließung des Schauspielhauses. Aber es wird immer wieder betont, dass sich die Bereiche Kultur und Soziales nicht gegenseitig ausspielen lassen sollten:

„Also wir haben uns immer bemüht, das genau nicht zu tun, also uns nicht gegeneinander ausspielen zu lassen. [...] Als dann der Stärkungspakt da war, dann kam ja erst mal die Landeshilfe, dann hat sich das ein Stück weit/ ja, dann war da sozusagen ein bisschen die Luft raus, und untereinander, wie gesagt, es gibt jetzt keine Konkurrenzen, das war unser erklärtes Ziel, immer zu sagen, wir brauchen beides, wir brauchen das Soziale und die Kultur und die Schwimmbäder.“ (Interview 2).

Dennoch wird eine gewisse Asymmetrie unterstellt, denn während im Bereich der Kultur einer der Interviewten von einer „Kulturlobby“ spricht, ist der Sozialbereich von einer Resignation erfasst worden:

„Im Sozialbereich ist das so ein bisschen schwankend. Da hatte sich irgendwann auch dann mal so was wie Resignation breitgemacht, wo man so gedacht hat, ja, wir kommen hier nicht vorwärts, kriegen unsere Themen nicht platziert, die Politik ist auch nicht bereit, sich dessen anzunehmen. Das hat sich verändert noch mal im Vorfeld des Stärkungspaktes, da war noch mal Bewegung drin, wie eigentlich in allen Dingen, die damit zu tun hatten. Im Moment ist es so ein bisschen, weiß ich noch nicht, ob es aufwärts oder ab geht, also ob es noch mal Bewegung gibt, oder ob es wieder mehr in die resignative Richtung geht. Kann ich im Moment noch nicht so genau sagen.“ (Interview 2).

Dies wird auf eine unkorrekte Unausgewogenheit der Maßnahmen zurückgeführt: Im sozialen Bereich wird auf die Unausgewogenheit der Kürzungen hingewiesen, selten auf konkrete

Maßnahmen. Die Westdeutsche Zeitung titelte entsprechend: „Das Sparpaket ist sozial nicht ausgewogen“ (Westdeutsche Zeitung, 17.02.2012). Zugleich wird eine Marginalisierung beklagt, die auf ein diffuses Gefühl beruht, bei den Maßnahmen nicht wirklich mitreden zu können. Denn obwohl einige Bereiche, wie Bäderschließungen, durchgeführt wurden, sind andere Bereiche nicht angetastet worden, wie z.B. der gesamte Bereich des Sports. Insofern bereitet die Prioritätensetzung von Seiten der Politik und Verwaltung zwar Probleme, machen die gesellschaftlichen Gruppen aber tendenziell protestunfähig. Unter diesen fiskalischen Bedingungen ist eben nicht mehr alles finanzierbar und darüber herrscht Konsens in der Stadt. Während sich Akteure im Bereich der Sozialpolitik in einem Dilemma befinden, ist der Bereich Kultur von solchen Gewissensbissen frei:

„Aber Kultur ist besser vernetzt mit Medien, die den Eindruck erwecken, dass es eine breite Bewegung für die Kultur gäbe. Auch wenn es die in der Realität gar nicht gibt, aber in der Politik spielt ja nicht die Realität, sondern das Gefühl, die gefühlte Realität eine große Rolle. Und wenn Sie dann in den überregionalen Feuilletons immer wieder die Kritik lesen an der Schließung unseres Schauspielhauses und der Kürzung unseres Theaterbudgets - im Feuilleton der F.A.Z. und der Süddeutschen und so weiter - hat natürlich der Kommunalpolitiker den Eindruck, "Huch, das ist eine Massenbewegung". Und das macht großen Eindruck bei denen. Wie weit das wirklich in der Stadt ein Thema ist? Ich habe viele Veranstaltungen gemacht im Zusammenhang mit Haushaltskonsolidierung. Das Thema "Kultur" war da ein Randthema. Da ging es um andere Themen.“ (Interview 5).

Die Spaltungen in der Stadt der zwei Gesichter zeigen sich kaum deutlicher als in den beiden Feldern Kultur- und Sozialpolitik. Der hypothetische Eindruck täuscht, dass Wuppertal im Sozialbereich starke Konflikte auszutragen hat. Diese bleiben eher latent und führen zu einer resignativen Einstellung und einem diffusen Beklagen. Im Kulturbereich können hingegen bessere Mobilisierungen erzeugt werden. Trotz des erhöhten Handlungsspielraums im fiskalischen Bereich wird die Gesamtentwicklung der Stadt insgesamt eher negativ bewertet. Zu groß scheint die Last der Vergangenheit zu sein, um an eine generelle Trendwende zu glauben.

„Also im Moment ist es so, oder das ist jetzt wieder meine Wahrnehmung, ich will jetzt nicht sagen, dass es der Weisheit letzter Schluss ist, aber im Moment ist es so, dass die Konsolidierungsmaßnahmen von der Verwaltungsspitze gedacht, entwickelt und gesetzt werden. Politik habe ich in dem Zusammenhang (...) kaum erlebt außer als also im Sinne von, die haben das natürlich alle beschlossen, aber ich habe WENIG politische Diskussion dazu überhaupt erlebt, und dass andere gesellschaftliche Gruppierungen ERNSTHAFT in die Diskussion einbezogen sind, habe ich eigentlich auch nicht erlebt. (Interview 2)“.

Die hohe politische Stabilität einer großen Koalition und die priorisierende Sparstrategie – intelligentes Sparen wie es in einer öffentlichen Veranstaltung genannt wurde (WAZ vom 24.

November 2011) – wirken dabei eher als übertüchende Elemente, denn als Zeichen des Aufbruchs.

4.2. Patras: Spiegelbild des politischen Systems

In Patras wurden 65 Dokumente ausgewertet und 10 Experten interviewt.¹¹ Patras ist die Hauptstadt der Region „Westgriechenland“ und mit ca. 215.000 Einwohnern drittgrößte Stadt Griechenlands, nach Athen und Thessaloniki. Ähnlich wie Wuppertal hat auch Patras eine starke De-Industrialisierung erfahren, die vor allem in den 1980er und 90er Jahren erfolgte. Die Umstellung auf Dienstleistungen ist dabei zum Teil gelungen (Tourismus, Universitätsstandort). Der Schwerpunkt liegt aber in dem Ausbau des Hafens und der Infrastruktur insgesamt und damit in der Profilierung als westliches Hub Griechenlands. Zuvor wurde auch Patras Bevölkerungsentwicklung euphorisch prognostiziert und die Planungseuphorie hatte Patras als wesentlich größere Stadt vorausgesehen. Die Finanzkrise hat in Patras wie bei fast allen griechischen Kommunen von der nationalen Ebene durchgeschlagen, da Kommunen in starkem Maße von deren Finanzzuwendungen abhängen. Mit dem Beginn der Finanzkrise 2009 wurden die lokalen Schulden zu einem Problem und die lokale Ökonomie geriet durch Kürzungen zunehmend aus dem Gleichgewicht. Vor allem der Ausbau der Infrastruktur gerät dadurch ins Stocken, aber auch die Arbeitslosigkeit schnellte in die Höhe und liegt 2011 bei 21,6% und damit über dem nationalen Schnitt (18,6%). Ferner ist Patras eine Stadt, die statistisch im griechischen Durchschnitt liegt (Einkommen, Größe des Dienstleistungssektors, Schuldenquote etc.).

Die politische Konstellation ist in Patras als fragmentiert zu bezeichnen. Patras ist eine alte Hochburg der sozialistischen PASOK, doch der Absturz der Partei ist auch in Patras aufzuhalten gewesen. Nach einem Intermezzo eines unabhängigen Oberbürgermeisters, während der hier untersuchten Zeit, ist seit 2014 ein Kommunist Oberbürgermeister. Die Fragmentierung der politischen Ebene zeigt sich auch deutlich in den öffentlichen Debatten, die nur im Licht der jeweiligen Rolle der Akteure deutbar wird, wie die Problemwahrnehmung zeigt.

Bei der Problemwahrnehmung herrscht in Patras große Uneinigkeit zwischen allen Fraktionen und Akteursgruppen. Eine endogene Problemperspektive wird vor allem eingenommen, wenn der politische Gegner verantwortlich gemacht werden soll. Eine exogene Perspektive weist auf diffuse Schuldige hin (Zentralstaat bzw. die Regierung, Troika, die Kallikratis-Reform oder Austeritätspolitik im Allgemeinen). In einer lokalen Zeitung wird die Regierung vom ehemaligen Oberbürgermeister gar als „Besatzungsmacht“ bezeichnet (KHRYAKAS, 9.8.2012). Dabei wechseln Problemwahrnehmungen je nach eigener Rolle: Selbst in der Verantwortung wird auf die Vorgänger verwiesen, in der Opposition in und außerhalb der Rates

¹¹ Die nachfolgenden Darstellungen basieren auf selbstrecherchierten Informationen, vgl. Getimis 2014.

werden exogene Gründe herangezogen. Lediglich die kommunistische Partei KKE hat durchgehend Widerstand geübt und hat überraschender Weise bei der letzten Kommunalwahl im Mai 2014 den Oberbürgermeister stellen können, der erste kommunistische in der griechischen Geschichte.

Aus der Rolle des Oberbürgermeisters ist klar, wer für die lokalen Probleme verantwortlich ist:

„The cause of the problem lies with the mismanagement of municipal finance from the former municipal leadership. Bad estimations and populist management of finances. My personal view is that I spend what I can afford, as I am doing in my home. That was not the case with the former municipal authorities.” (Interview 1).¹²

In der Opposition hört sich dies wiederum anders an:

„There was no point in borrowing, since the money from the new loans was much less compared to the amount that the central state owed to local government. [...] It is mainly a political issue... The biggest share of responsibility lies with the central state” (Interview 2).

Die dritte Perspektive ist die technokratisch-sachliche, die drauf hinweist, dass die Kommune im starken Maße von Finanzaufweisungen des Zentralstaats abhängt:

„The cutting of central grants only highlighted the shaky foundation of our municipality, because when you have money flowing in, you don't care about what others owe you. If you do care, and ask for the amounts owed, you become unpleasant.” (Interview 3).

Diese konfliktorientierte Konstellation ist jedoch nicht völlig chaotisch. Vielmehr gibt es Kooperationen, wenn sie ultima ratio sind, so wie es der ausgeglichene Haushalt seit 2013 vorgibt:

„The balanced budget consists of a tool for the proper function of the municipality and since we don't have the majority, the other municipal parties, “help” us pass the budget, either with their absence, or with their positive vote. [...] So, in this case there is a consensus” (Interview 3).

Die Konsolidierungsmaßnahmen sind nicht in systematischen Katalogen aufgezählt und somit ist ein Vergleich mit den deutschen Fällen schwierig. Es können aus den Dokumenten die umstrittenen Maßnahmen destilliert werden, da diese zum öffentlichen Thema werden. Deutliche Kürzungen sind unter anderem auch bei Unterstützungen der Kultur- und Sportvereine durchgeführt worden, aber auch im Bereich sozialer Dienstleistungen (Unterstützung Älterer). Erfolgreich war hingegen das Eintreiben der eigenen Einnahmen durch Steuern und Gebühren sowie die Rationalisierung der Verwaltung und der Kommunalfinanzen, auch wenn beides nicht den deutschen Standards entspricht.

¹² Die griechischen Zitate wurden für die Projektarbeit ins Englische übersetzt. Auf eine Rückübersetzung ins Deutsche wurde aus pragmatischen Gründen verzichtet.

Der ehemalige Oberbürgermeister ist diesbezüglich zufrieden, wurde trotzdem 2014 abgewählt:

„We have succeeded a rationalized management of personnel, means and resources. It is the 3rd consecutive year, without increasing municipal taxes, without new loans and with decreased central grants, that not only did we manage to keep the municipality alive, but we also reduced our debts to citizens by 50% and to banks by 30%. We don't spend more than we have and we don't care about personal or political costs, when we deal with the wise management of citizens' money. Despite the fierce reactions through strikes, lawsuits, threats etc. we managed to staff the municipality with the best personnel, and not with "our own" nor with those that the unions wanted to impose" (Rede Dimaras vom 24.5.2013).

Ein großes Thema sind auch die kommunalen Beteiligungen, die in Griechenland häufig ein Einfallstor für klientelistische Politik sind. Auch diese Beteiligungen wurden reduziert. Insgesamt wurde es geschafft, 2013 einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Hierzu muss angemerkt werden, dass dies seit 2013 letztlich vorgeschrieben ist, dieser Erfolg trotzdem als enorm einzustufen ist. Zudem konnten sogar Schulden abgebaut werden, von 75€ (2010) je Einwohner auf 54€ (2013),¹³ und die offenen Rechnungen der Kommunen beglichen werden.¹⁴ Trotz dieser Erfolgsmeldungen ist die Arbeitslosenquote auf einem historischen Höchststand geblieben.

Die Maßnahmen haben zudem ein weiteres Problem, nämlich ihre Realisierung durch einen umstrittenen Politikstil. Alle Oberbürgermeister leisten sich einen distanzierten, eher autoritären Regierungsstil, der auf Mehrheitsfraktion basiert und Entscheidungen von oben durchdrängt. Gerade bei Entscheidungen dieser Reichweite führt dies nicht zur Akzeptanz der getroffenen Entscheidungen. Die durchführende Verwaltung bleibt dabei passiv und expertisenschwach und erfüllt die top-down-Entscheidungen. Problematisch ist dabei, dass es einen deutlichen Mangel an politischen Strategien oder gar Visionen gibt. Paradoxerweise hat dies zu einer Erstarkung des Freiwilligensektors geführt. Soziale Solidarität und Netzwerke sind in den letzten drei Jahren deutlich angestiegen.

Im Fall Wuppertal ist auffällig, dass das Thema Kultur deutlich mehr Nennungen erhielt als Soziales. In Patras verhält es sich umgekehrt: 133 sind beim Thema Soziales gefallen und 22 beim Thema Kultur. Die wenigen Nennungen im Bereich Kultur sind besonders auffällig, da (a) Kulturpolitik bei den Experteninterviews explizit abgefragt wurde, und (b) Kulturpolitik in Patras eine wichtige Rolle spielt (Karnevalshochburg, Theater, Universitätsstadt, europäische Kulturhauptstadt Europas 2006). Offensichtlich scheint dies im Zusammenhang mit der Konsolidierung der Kommunalfinanzen nicht relevant zu sein. Die ausbleibende Unterstützung

¹³ Beim relativ niedrigen Schuldenstand in absoluten Zahlen ist zu bedenken, dass griechische Kommunen sowohl eine geringe Wirtschaftskraft haben als auch geringere Haushalte im Vergleich zu den deutschen Fallbeispielen.

¹⁴ Offene Rechnungen machen einen Großteil der Schulden der griechischen Kommunen aus.

für Kultur- und Sportvereine wird bedauert, aber kaum angesprochen, obwohl die Kürzungen harsch sind und die Stadtidentität als wichtigste Karnevalstadt Griechenlands berühren:

„We limited down the budget to sport and cultural associations by 99%. We narrowed down the other operating expenses i.e. writing materials, utilities, even fuels. [...] Among the sectors that have been negatively affected by this policy, is the cultural sector and the Carnival” (Interview 4).

Im sozialen Bereich sind die Debatten lebhaft und konfrontativ: Obdachlosigkeit, Suppenküchen, soziale Dienste für Ältere sind Dauerthemen der Debatten. Dabei ist eher ein „namedropping“ zu beobachten, denn ein Eingehen auf konkrete Missstände.

Insgesamt scheint die Stadtgesellschaft Patras paralysiert zu sein. Es sind wenige Dokumente auffindbar, ein geringes Interesse an Debatten zur Haushaltssituation zu konstatieren und auch deren Folgen in Bereichen der Kultur- und Sozialpolitik werden kaum thematisiert.

„Local journalists consider the topic of municipal debt, not as a first priority issue. Only our local newspaper and our local TV ACHAIOS have brought this issue into the surface” (Interview 5).

Es scheint, als ob die freiwilligen Initiativen, völlig abgekoppelt von der politisch-öffentlichen Arena der Gesamtstadt, ihre Arbeit im Kleinen, im Viertel, im sozialen Nahraum verrichten. Auch in Patras ist eine Spaltung greifbar, zwischen politischen Eliten und Verwaltung auf der einen Seite, und der Stadtbevölkerung ohne „voice“ auf der anderen.

5. Vergleichende Zusammenfassung

Im Kontrast der beiden Städte Wuppertal und Patras sind Unterschiede und Parallelen auffällig. Beide Städte befinden sich unter vergleichbaren institutionellen Rahmenbedingungen, auf Haushaltskonsolidierung orientierten Programmen. Im Fall von Patras schlagen die Auswirkungen der nationalen Sparbemühungen auf die kommunale Ebene durch, die einen beträchtlichen Anteil ihrer Finanzen verliert. In Wuppertal sorgt das Länder Sparprogramm für neue Impulse zur Konsolidierung der lokalen Finanzen. Soweit sind die Gemeinsamkeiten der beiden Ansätze, die ansonsten grundverschieden sind und sehr unterschiedliche Anreize setzen: Der deutsche Weg basiert in der Regel auf Freiwilligkeit der Kommunen mit einer vertraglichen Fixierung zur Einhaltung von Maßnahmen. Diese Maßnahmen können sowohl Einnahmen als auch Ausgaben betreffen. Damit wird ein Mindestmaß an Transparenz und Verlässlichkeit hergestellt und temporär neues Geld in die Kommunen geschossen. Im griechischen Fall müssen die Kommunen mit den Kürzungen von zentralstaatlichen Mitteln umgehen. Der Zwang zur Rationalisierung und zu ausgeglichenen städtischen Haushalten hat zwar Bewegung in verkrustete Strukturen gebracht, aber vor allem die Sparsperspektive adressiert. Es ist kein neues Geld in die Kommunen geflossen; vielmehr

wurden Versäumnisse der Vergangenheit beim Eintreiben von Steuern und Gebühren als auch beim Begleichen kommunaler Altschulden behoben.

Wie gehen die beiden Städte spezifisch mit dieser Situation um? In beiden Städten ist die Haushaltskonsolidierung ein expertokratisches Thema. Dies ist ob der Komplexität nicht verwunderlich. Die krassen Auswirkungen in zahlreichen Bereichen, hier Kultur- und Sozialpolitik, kontrastiert die relative Stille der gesellschaftlichen Akteure auffällig. Das eigene empirische Material legt nahe, dass ein hoher Grad an Expertise notwendig ist, um mitzureden. Deshalb ist der Zirkel der kompetenten Personen in jeder Stadt klein, faktisch an einer Hand abzuzählen. Diese Problematik wird vom Kämmerer aus Patras selbst bei einem Zeitungsinterview diagnostiziert (Gnomi vom 22.3.2013), allerdings eher als Vorwurf an die politische Opposition gerichtet, die nicht willens ist, sich mit den Zahlen vertraut zu machen. Vielmehr entsteht der Eindruck, dass Konflikte verschoben bzw. strategisch umgangen werden. Entscheidungen werden aus kleinem Zirkel – große Koalition in Wuppertal und dem Oberbürgermeister in Patras – heraus getroffen, ohne dass einer größeren Stadtöffentlichkeit klar ist, was dies im positiven wie im negativen Sinne bedeutet.

Wuppertal zeichnet sich dabei durch eine soziale und sozialräumliche Spaltung aus. Patras zeichnet sich durch eine vielfältige Spaltung aus: Fragmentierung im politischen System und Entkopplung von diesem durch die Stadtgesellschaft und deren Organisationen. Wuppertal klammert sich an die Perspektive, dass in Folge eines ausgeglichen Haushalts möglicherweise Altlasten des Strukturwandels überwunden werden können. Trotz „guter Zahlen“ schaltet die Stadt nicht so schnell auf einen optimistischen Modus um. Zu tief sitzt hier das Misstrauen in die eigenen Fähigkeiten bzw. zu groß erscheint die externe Abhängigkeit von Entscheidungen „von oben“. Oder anders gesagt: Das erfolgreiche Düsseldorf ist zu nah, als Vorbild, Mahnung und Fluchtort. Patras hat ebenfalls eine gute Konsolidierung erreicht, die jedoch innerhalb der Stadt umstritten ist. Fast scheint es, dass die Entkopplung der Stadtgesellschaft dem politischen Geschehen nichts anhaben kann. Karneval ist immer und wenn, wird es temporär für den Rest des Jahres von der Straße in den Rat verlegt. Die Stadtgesellschaft kümmert sich hingegen um „die echten Probleme“, die im sozialen Bereich liegen und die in den Dokumenten nur in angedeuteter Form aufzufinden waren. Fast scheint sich die Sennettsche Annahme zu bestätigen, nämlich dass eitle Politiker und passive Öffentlichkeit moderne Stadtöffentlichkeit ausmachen. Und Wuppertal scheint der Streeckschen Diagnose, einer der Kapitalismuskrisen ausgelieferten Stadt, Futter zu geben. Beides ist zum Teil irreführend, da Patras endogene Kräfte der sozialen Solidarität mobilisiert, die gegen eine passive Öffentlichkeit sprechen. In Patras wird halt gemacht, aber nicht in den politischen Raum eingebracht. So erklärt sich ein Nichtzusammenbrechen der Stadtgesellschaft. In Wuppertal hingegen würde die rein pessimistische Sicht verschleiern, dass einige in Wuppertal immer profitieren konnten und mit

ihnen ein Stückweit die Stadtgesellschaft im Ganzen. Die Tal-Hügel-Spaltung ist nicht nur räumlich, sondern auch sozial und politisch wirksam.

Literatur

Barbehön, Marlon/Münch, Sybille/Heinelt, Hubert/Haus, Michael 2015: *Städtische Problemdiskurse – und die Bedeutung lokaler Sinnhorizonte*, i.E.

Bogumil, Jörg/Holtkamp, Lars 2013: *Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung. Eine praxisorientierte Einführung*, Bundeszentrale für politische Bildung: Bonn.

Frank, Sybille/ Gehring, Petra/ Griem, Julika/Haus, Michael (Hg.) 2014: *Städte unterscheiden lernen. Zur Analyse interurbaner Kontraste*. Frankfurt/M. et al.: Campus.

Geißler, Rene 2011: *Kommunale Haushaltskonsolidierung: Einflussfaktoren lokaler Konsolidierungspolitik*, VS-Verlag: Wiesbaden.

Getimis, Panagiotis 2014: *Patras case study report*. Internal report for the REPOS-project.

Griem, Julika/Rauscher, Janneke 2014: II. Differenzen, Zur Einleitung, in: Frank, Sybille/ Gehring, Petra/ Griem, Julika/Haus, Michael (Hg.) 2014: *Städte unterscheiden lernen. Zur Analyse interurbaner Kontraste*. Frankfurt/M. et al.: Campus.

Habermas, Jürgen 2013: *Demokratie oder Kapitalismus? Vom Elend der nationalstaatlichen Fragmentierung in einer kapitalistisch integrierten Weltgesellschaft*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 5/2013, S. 59-70.

Habermas, Jürgen 1973: *Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus*, Frankfurt/M.: Suhrkamp.

Häußermann, Hartmut/Siebel, Walter (Hg.) 1993: *Die Politik der Festivalisierung und Festivalisierung der Stadtpolitik. Große Ereignisse in der Stadtpolitik*, in: *Leviathan*, Sonderheft 13/1993, S. 7-31.

Heinelt, Hubert/Hlepas, Nikolaos Komninos 2006: Typologies of Local Government Systems. In: Henry Bäck, Hubert Heinelt und Annick Magnier (Hg.): *The European mayor*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften (Urban and regional research international, Volume 10), S. 21–42.

Hlepas, Nikolaos Komninos/Getimis, Panos 2011a: *Impacts of Local Government Reforms in Greece: An Interim Assessment*. In: *Local Government Studies* 37 (5), S. 517–532.

Hlepas, Nikolaos-Kommenos/Getimis, Panagiotis 2011b: Greece: A case of fragmented centralism and 'behind the scenes' localism, in: Loughlin, John/Lidström, Anders/Hendriks, Frank (eds.): *The Oxford Handbook of Supranational Democracy in Europe*, Oxford University Press. Oxford, S. 410-433.

Hlepas, Nikos-K./Getimis Panagiotis 2009: Mit dem Blick nach Athen: Lokalpolitik zwischen Staatszentrierung, Parteipolitisierung und sozialer Fragmentierung, in: Egner, Björn/Terizakis, Georgios (Hg.): *Das politische System Griechenlands. Strukturen, Akteure, Politikfelder*. Baden-Baden, S. 247-274.

Loughlin, John/Lidström, Anders/Hendriks, Frank (eds.) 2011: *The Oxford Handbook of Supranational Democracy in Europe*, Oxford University Press: Oxford-

Löw, Martina 2008: *Soziologie der Städte*, Frankfurt/M.: Suhrkamp.

Nullmeier, Frank 1997: Interpretative Ansätze in der Politikwissenschaft, in: Benz, Arthur/Seibel, Wolfgang (Hrsg.): *Theorieentwicklung in der Politikwissenschaft – eine Zwischenbilanz*, Baden-Baden: Nomos, S. 101-143.

Sennett, Richard 2008 (1974/6): *Verfall und des Ende des öffentlichen Lebens. Die Tyrannei der Intimität*, Berlin: Berliner Taschenbuchverlag.

Stadt Wuppertal 2014: *Wuppertal 2025*, Wuppertal.

Stolzenberg, Philipp 2014: *Wuppertal case study report*. Internal report for the REPOS-project.

Stolzenberg, Philipp/Heinelt, Hubert 2013: „Die Griechen von NRW“. *Kommunale Rettungsschirme der Bundesländer*. In: dms – der moderne Staat – Zeitschrift für Public Policy, Recht und Management 6 (2), S. 463–484.

Streeck, Wolfgang 2013: *Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus*, Berlin: Suhrkamp.

Strohmeier, Klaus Peter/Schultz, Anett/Kemper, Thomas/Meyer, Christian/Schmidt, Jan Felix 2008: *Demographie konkret – Soziale Segregation in deutschen Großstädten. Daten und Handlungskonzepte für eine integrative Stadtpolitik*, Gütersloh: Bertelmann Stiftung.

Terizakis, Georgios 2015: Krise und Transformation des politischen Systems Griechenlands: Konzeptuelle und forschungsleitende Überlegungen im Anschluss an Wolfgang Streeck, in: Papagiannopoulos, Ilias/Agriopoulos, Aristotelis (Hrsg.): *Krise und Transformation: Das gegenwärtige griechische Staatsverständnis im Kontext der europäischen Krise*, i.E.

Wörter: 8.993